

Vertrauen schaffen Politik und Glaubwürdigkeit

Von Katrin Matuschek & Julia Heyl

Überblick

Immer wieder nehmen sich Politiker_innen nach enttäuschenden Wahlergebnissen vor, das "Vertrauen der Wähler_innen zurückzugewinnen". Viele Menschen scheinen sich in der Politik jedoch nicht wiederzufinden und haben den Eindruck, sie könnten nichts bewegen. Woran liegt dieser Vertrauensentzug, wie zeigt er sich, und was kann die Politik tun, um Politikverdrossenheit zu begegnen und Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen?

In dieser **MuP-Praxishilfe** erläutern wir, ob und warum Menschen zunehmend das Vertrauen in die Politik verlieren, welche Konsequenzen dieser Vertrauensverlust für die Demokratie hat und was getan werden kann, um dieses Vertrauen wiederzugewinnen.

Inhaltsverzeichnis

- [Vertrauensverlust, Glaubwürdigkeit und Politikverdrossenheit](#)
- [Befunde aus der Forschung](#)
- [Wie zeigt sich Vertrauensverlust?](#)
- [Gründe für den Vertrauensverlust](#)
- [Kehrtwende zur politischen Kultur des Vertrauens](#)
- [Quellen und Verweise](#)

Vertrauensverlust, Glaubwürdigkeit und Politikverdrossenheit

Immer wieder wird medienwirksam der Befund verbreitet, dass die Menschen das Vertrauen in die Politik verloren hätten. Nach Wahlniederlagen hört man von Politiker_innen häufig reumütig: „*Wir müssen das Vertrauen unserer Wähler_innen wiedergewinnen*“. Doch was ist mit dem vielbeschworenen Vertrauen bzw. Verlust dessen eigentlich gemeint? Und was gibt Anlass zur Vermutung, dass das Vertrauen der Bürger_innen in die politischen Eliten und Institutionen schwindet?

Als Vertrauen in die Politik kann man den **Glauben der Bevölkerung** nennen, dass die politischen Institutionen und ihre Repräsentant_innen „Kontrolle über **Ressourcen, Handlungen** und **Ereignisse im Sinne der Bevölkerung**“ ausüben.

(zitiert nach Wikipedia/Vertrauen)

Der Verlust des Vertrauens in die Politik bedeutet im Umkehrschluss, dass die Menschen immer weniger davon ausgehen, dass die Politik im Sinne des Gemeinwohls agiert, und stattdessen **eigene** oder **Partikularinteressen** von bestimmten Gruppierungen verfolgt. Häufig geht damit einher, dass die Menschen die Glaubwürdigkeit der Politiker_innen infrage stellen.

Als Konsequenz daraus wird Bürger_innen häufig eine Einstellung unterstellt, die der Begriff der „Politikverdrossenheit“ zu beschreiben sucht.

Politikverdrossenheit, auch Politikmüdigkeit, bezeichnet eine negative Einstellung der Bürger_innen in Bezug auf politische Aktivitäten und Strukturen, die sich unter Umständen in Desinteresse an und Ablehnung von Politik, ihrer Institutionen und politischem Handeln äußert. Diese Haltung kann generell die ganze politische Ordnung betreffen oder sich nur auf Ergebnisse politischer Prozesse beziehen.
(zitiert nach Wikipedia/Politikverdrossenheit)

Vertrauensverlust in der Politik – einige Befunde



Blick in die Forschung: Umfrageergebnisse und Studien weisen regelmäßig darauf hin, dass die Bürger_innen den Politiker_innen und politischen Organisationen zunehmend mit Distanz und Skepsis begegnen.

Stern-Umfrage (Mai 2011)

- ◆ Etwa 75% der Befragten empfinden Politiker_innen und Parteien als sprunghaft und unberechenbar.
- ◆ 63% der Befragten glauben, dass die Politiker_innen mehr auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind, als sich für die Interessen des Landes einzusetzen.

GfK-Studie (2014)

- ◆ Nur 15% der Befragten in Deutschland schenken der Berufsgruppe der Politiker_innen ihr Vertrauen.
- ◆ 16% der Befragten gaben an, in Parteien als Institutionen zu vertrauen.

Studie der Stiftung für Zukunftsfragen (2013)

- ◆ Die Glaubwürdigkeit einer Partei spielt die wichtigste Rolle bei Wahlentscheidungen.
- ◆ Nur ca. 20% der Befragten vertrauen einer Partei.

Vertrauen in Organisationen (Regierung, Bundestag, Demokratie insgesamt)
 → Nur 34% der Befragten sprechen den Organisationen ihr Vertrauen aus.
 → Kein Anlass von „Rückkehr des Vertrauens“ zu sprechen.

(Global Trust Report 2013)

Vertrauen in die Europäische Union

- 59% der EU-Bürger_innen vertrauen der EU eher nicht.
- Nur 32% gaben an, dass sie der EU vertrauen.
- Positiver Ausblick: Die Wahlbeteiligung auf Europa-Ebene nimmt zu.

(Umfrage von Eurobarometer, März 2014)

Wie zeigt sich der Vertrauensverlust?

Die oben zitierten Studien beziehen ihre Ergebnisse aus Umfragen, in denen direkt nach dem gefühlten Vertrauen der Befragten gefragt wurde. Doch welche weiteren Phänomene lassen sich beobachten, die auf einen Vertrauensverlust in die Politik und die schwindende Glaubwürdigkeit ihrer Vertreter_innen schließen lassen? An welchen weiteren **Faktoren** lässt sich die **Politikverdrossenheit der Bürger_innen** ablesen? Hier eine schlaglichtartige Sammlung:

- ◆ schlechte Umfrageergebnisse über das Ansehen von Politiker_innen
- ◆ schwindende Mitgliederzahlen bei den großen Parteien, Verlust der Stammwählerschaft
- ◆ niedrige Wahlbeteiligung
- ◆ gute Wahlergebnisse von (inhaltlich-unklaren) Splitter- und „Protest“parteien,
- ◆ schwindendes politisches Engagement
- ◆ politisches Desinteresse

Gründe für den Vertrauensverlust

Gerade in Anbetracht eigener **Unsicherheiten** und **Ängsten vor der Zukunft** sehnen sich die Menschen nach Politiker_innen, denen sie ihr Vertrauen schenken können, und in die sie ihre Hoffnungen auf eine bessere und wirtschaftlich abgesicherte Zukunft setzen können. Doch was hält sie davon ab? Die **Gründe** dafür sind vielschichtig.

Fehlende zukunftsfähige Lösungen

Die Bürger_innen haben zunehmend den Eindruck, dass die Politik nicht in der Lage ist, die **drängenden Probleme der Gesellschaft zu lösen**. In Anbetracht von Finanzkrisen, Globalisierungsprozessen und zunehmender Komplexität der Sachverhalte verlieren sie das Vertrauen in die Institutionen und die Demokratie **zukunftsfähige Lösungen** zu finden. Intransparente und unzureichend kommunizierte Entscheidungsprozesse führen dazu, dass sich Ohnmacht unter den Bürger_innen breit macht und sie das Gefühl bekommen, nicht mitgestalten zu können. Generell wird politischen Akteur_innen häufig unterstellt, dem Druck mächtiger **Lobbygruppen** zu häufig nachzugeben und Klientelpolitik zu betreiben, sogenannte Steuergeschenke sind nur ein Beispiel dafür. Vertrauensbrüche in Form von nicht eingehaltenen Wahlversprechen prägen sich den Bürger_innen zusätzlich negativ ein.

Misstrauen in die Berufsgruppe

Damit einhergeht, dass das Ansehen der Politiker_innen sinkt. Die Menschen haben ein Bild vom Berufsstand der Politiker_innen, welches diesen **Egoismus, Machtstreben, fehlenden Gemeinwohlsinn** und **Alltagsferne** unterstellt. Politiker_innen, die bei öffentlichen Auftritten vor allem rhetorisch glänzen, dabei jedoch inhaltlich unkonkret bleiben, klaren Aussagen ausweichen, und viel Energie darauf verwenden, politische Gegenspieler bloßzustellen, wecken bei den Menschen Misstrauen. Kommt es dann noch zu vereinzelt **persönlichen Verfehlungen**, wie z.B. den Vorwürfen **plagierter Doktorarbeiten**, wird häufig aus Misstrauen Gewissheit.

Mediale Berichterstattung

Eine nicht immer rühmliche Rolle spielen die Medien. Wird es in der medialen Berichterstattung wichtiger, Politik in der Tendenz zu **skandalisieren** und im Sinne erhöhter Einschaltquoten und Verkaufszahlen Misstrauen in die politische Klasse zu säen, kommt die Informations- und Kontrollfunktion der Medien zu kurz.



Auf den Punkt: In der Konsequenz führt der Vertrauensverlust bei den Menschen zu dem Eindruck, dass Politik vor allem im **Sinne der Bessergestellten** agiert. Das Gefühl **mangelnder politischer Teilhabe** und politischen Einflusses ist laut Untersuchungen besonders ausgeprägt bei Menschen mit geringem sozio-ökonomischem Status und aus einem politikfernen Umfeld.

Kehrtwende zu einer politischen Kultur des Vertrauens

Wenn die Demokratie und ihre Vertreter_innen unter einem Glaubwürdigkeitsproblem leiden und von den Bürger_innen das Vertrauen entzogen bekommen, so steht das ganze **politische System unter Druck**. Nur **Vertrauen in das System** und seine demokratisch gewählten Vertreter_innen **schafft Legitimation**.

Deshalb ist es – nicht nur im Sinne des Stimmengewinns einzelner Parteien, sondern vor allem im Sinne der **Demokratiestärkung** – von großer Bedeutung, Vertrauen zurückzugewinnen und der langsamen Vertrauenserosion entgegenzuwirken.

! **Auf den Punkt:** Bedeutend ist die Schaffung und Pflege einer *politischen Kultur, die Vertrauen schafft*.

Der Aufbau und die Pflege von Vertrauen folgen keinem einfachen Muster. Vertrauen ist etwas, dass man sich nicht „holen“ kann, sondern was man „geschenkt“ bekommt, einem entgegengebracht wird.

Wie kann Vertrauen entstehen?

- ◆ Vertrauen entwickelt sich in einer Atmosphäre der Glaubwürdigkeit.
- ◆ Es braucht eine politische Kultur, die sich auf das Gemeinwohl, Ehrlichkeit und Authentizität besinnt.
- ◆ Politiker_innen und Parteien müssen **Verlässlichkeit beweisen** und **politische Prozesse besser vermitteln**.
- ◆ Medien stehen in der Verantwortung.
- ◆ Die Zivilgesellschaft kann dazu beitragen, eine politische Kultur des Vertrauens zu verankern und zu stärken.



Für die Praxis: Das kann getan werden, um Vertrauen zurückzuerlangen:

1. Verständnis für politische Prozesse und Demokratie durch Politische Bildung fördern

Der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in Politik und politische Prozesse ist zum großen Teil auch darauf zurückzuführen, dass viele Menschen die oftmals komplexen politischen Zusammenhänge und Sachverhalte schlichtweg nicht verstehen. Hier gilt es verstärkt mit „**Politischer Bildung**“ anzusetzen, die **Wissen und wichtige Zusammenhänge über das politische System sowie den Wert der Demokratie vermittelt**. Mit deren Hilfe können Bürger_innen ihre Kenntnisse über politische Prozesse erweitern, ihr Urteilsvermögen schärfen sowie demokratische Werte, Spielregeln und Verfahren erlernen, die dann die Basis für ein Grundvertrauen in die Demokratie sind.

2. Politisches Vertrauen wiedererlangen

Von Seiten der Politik und ihrer Akteur_innen erfordert vertrauenswürdiges Agieren konkret **Fähigkeiten** und **Bemühungen** in den folgenden Feldern:

Kommunikation und Transparenz

- ◆ Verständliche Aufbereitung von Fakten und Informationen
- ◆ Transparente Vermittlung von Entscheidungsprozessen
- ◆ Politische Bildung, um das Verständnis für politische Prozesse und demokratische Werte zu fördern
- ◆ Professionelle politische Kommunikationsfähigkeiten, um politische Standpunkte und Botschaften verständlich zu vermitteln
- ◆ Sach- und Fachkompetenz

Franz Müntefering (SPD) zum Thema „Was gute Politiker ausmacht“ (FAZ-Artikel „Das große bunter Staatstheater“, 21. Juni 2014)

„Max Weber hat mit **Augenmaß** als einer der wichtigen Tugenden gesprochen, die man haben muss, um ein guter Politiker sein zu können. Und es ist eine schwierige Tugend, immer wieder gefährdet. Beim Augenmaß geht es um die richtige Distanz. Sich nicht mutlos zu verlieren in den Unübersichtlichkeiten des permanenten Prozesses, aber auch nicht in unbeteiligter Nichtbetroffenheit dem Getümmel fern zu sein. **Ehrlich** und **sensibel, kampfbereit** und **kompromissbereit** seine Rolle annehmen, die einem nach den Regeln der Demokratie und der Gesellschaft zugeordnet ist.“

Partizipation und Dialog

- ◆ mehr Bürgerbeteiligung und partizipative Verfahren
- ◆ mehr plebiszitäre Elemente in ausgesuchten Handlungsfeldern
- ◆ Gestaltungs- und Steuerungsprozesse (v.a. auch auf kommunaler Ebene) bürgernäher gestalten
- ◆ Dialogbereitschaft: Vermittlung von komplexen Sachverhalten und Werben um Verständnis für die politischen Entscheidungsträger_innen
- ◆ Vertrauen der Menschen in die Veränderbarkeit und Gestaltbarkeit der eigenen Lebensverhältnisse wiederherstellen und zu politischem Engagement ermutigen

Authentizität und Ehrlichkeit gepaart mit Sachkompetenz

Authentizität und Ehrlichkeit zeichnet sich durch die **Kombination persönlicher Integrität und öffentlicher Glaubwürdigkeit** aus, und durch ein Zusammenfallen von Anspruch und Wirklichkeit, d.h. von Sagen und Handeln.

Konkret könnten sich diese integralen Bestandteile eines **politischen Führungsstils**, der Vertrauen erzeugt, z.B. zeigen in:

- ◆ Realistischen Wahlversprechen statt kurzzeitigem Populismus, die im politischen Alltagsgeschäft des Aushandelns und der Kompromissfindung nicht ganz so schnell gebrochen werden müssen
- ◆ Transparenz und klare Kommunikation, wenn Abweichen vom Gesagtem/Versprochenem notwendig wird
- ◆ Langfristigere und weitsichtigere Politik und eine Schwächung der kurzfristigen Legislaturperiodenkonzentration
- ◆ Klare Gemeinwohlorientierung statt persönlichem Machtstreben

3. Sachgerechte, verständliche und politische neutrale Medienberichterstattung

Doch auch Medien und Medienvertreter_innen sollten ihren Teil dazu beitragen, Vertrauen herzustellen – immer mit einer gesunden Prise Misstrauen und kritischem Hinterfragen – indem sie verantwortlich und sachlich Bericht erstatten und Politik vermitteln. Die Tendenz zur „Skandalisierung von Politik und einer Simplifizierung komplexer politischer Prozesse“, sowie die Orientierung an Einschaltquoten und Verkaufszahlen sollten einem **Bewusstsein der wichtigen Informations- und Kontrollfunktion der Medien** weichen. Die Medien haben eine Verantwortung, ihren Teil an politischer Bildungsarbeit zu leisten, **sachlich** zu berichten und kritisch aber ausgewogen das politische Geschehen zu kommentieren.

4. Engagement von Zivilgesellschaft und Bürger_innen

Zu guter Letzt sind auch die Zivilgesellschaft und die Bürger_innen mit in der Verantwortung, Rahmenbedingungen für Vertrauensprozesse und eine politische Kultur des Vertrauens mitzugestalten. Zivilgesellschaftliche Organisationen können dabei helfen, **Transparenz** zu schaffen, oder auch zur **politischen Aufklärung** beizutragen (siehe z.B. der Verein *LobbyControl*, der die Arbeit und das Vorgehen von Interessensverbänden und ihre Einflussnahme auf Politik und Öffentlichkeit überwacht). Auch können die Bürgerinnen und Bürger durch Information ihr Verständnis über politische Prozesse erweitern, und im Rahmen von Bürgerschaftlichen Engagement ihre Interessen zur Geltung bringen.

! **Auf den Punkt:** Insgesamt gilt es – ob durch politische Bildungsmaßnahmen, politische Entscheidungsträger_innen, Organisationen der Zivilgesellschaft oder die Medien – transparent Wissen über politische Prozesse zu vermitteln sowie viel öfter mit den Bürger_innen in den Dialog treten, diese in Entscheidungen miteinzubeziehen und immer auch mit einem kritischen Blick für Verständnis bzgl. politischer Entscheidungen und Entscheidungsträger_innen zu werben.

Die folgende Tabelle fasst noch einmal die wichtigsten **wahrgenommenen** Defizite in der Politik, die Vertrauensverlust nach sich ziehen können, sowie **Maßnahmen**, verlorengegangenes Vertrauen wiederzugewinnen, zusammen:

Wahrgenommene Defizite (in der Politik), die Vertrauensverlust nach sich ziehen ...	Was kann man tun, um wieder Vertrauen in Politik und Demokratie aufzubauen ...
<p>„Nicht verstehen“ komplexer politischer Zusammenhänge/Sachverhalte und „Nichtwissen“ über Mitwirkungsmöglichkeiten</p> <p>aber auch: Gefühl undurchsichtiger demokratischer Verfahren</p>	<p>Da Politikverständnis und Verständnis für Politiker_innen/Parteien eng ineinandergreifen ist es wichtig das Politikverständnis zu fördern:</p> <p>...von Seiten der Politiker_innen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◆ komplexe Zusammenhänge/Sachverhalte verständlich erklären und vermitteln ◆ politische Entscheidungen nachvollziehbar machen ◆ Umsetzungsprozesse partizipativer gestalten ◆ politische Bildung fördern und verstärken, damit wichtige Zusammenhänge politischer Prozesse vermittelt und demokratische Werte, Spielregeln und Verfahren eingeübt werden können

<p>Wahrgenommene Defizite (in der Politik), die Vertrauensverlust nach sich ziehen ...</p>	<p>Was kann man tun, um wieder Vertrauen in Politik und Demokratie aufzubauen ...</p>
<p>wiederholte „Vertrauensbrüche“ durch z.B. nicht eingehaltene Wahlversprechen der politischen Entscheidungsträger_innen</p>	<p>...von Seiten der Politiker_innen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◆ Kongruenz zwischen Ankündigung und tatsächlichem Handeln ◆ offene, transparente Kommunikation, auch wenn man anders agiert als angekündigt, weil sich z.B. Rahmenbedingungen verändert haben oder Kompromisse notwendig sind ◆ Aufzeigen der Gemeinwohlorientierung von Entscheidungen ◆ Bürger_inneninteressen ernst nehmen
<p>Mangel an Transparenz vor allem bei politischen Entscheidungsprozessen</p>	<p>...Transparenz politischer Entscheidungsprozesse verbessern, z.B. durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◆ offene Kommunikation und Interaktion (Wer, wie, welchen Einfluss ausübt und warum es zu Abweichungen von „Versprochenen“/Geplanten kommt) ◆ frei zugängliche, relevante, übersichtlich und strukturiert dargebotene Daten
<p>Eindruck von mangelnder Problemlösungskompetenz der politischen Entscheider_innen</p>	<p>...Problemlösungskompetenz vermitteln indem z.B. transparent aufgezeigt wird:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◆ dass es nicht immer die eine Lösung gibt und bei komplexeren Sachverhalten gute Lösungen auch Zeit brauchen ◆ dass man als Politiker_in Sach- und Fachkenntnis besitzt und weiß, was zu tun ist, und das Vorgehen auch transparent macht ◆ dass man sich bei der Lösung des Problems am Gemeinwohl orientiert ◆ warum man z.B. auch von geplanten Vorgehensweisen abweichen muss

Wahrgenommene Defizite (in der Politik), die Vertrauensverlust nach sich ziehen ...	Was kann man tun, um wieder Vertrauen in Politik und Demokratie aufzubauen ...
Eindruck von Klientelpolitik bzw. Verfolgung von Eigeninteressen der Politiker_innen (Macht, Privilegien ...)	...im politischen „Geschäft“ kommunizierte Regeln einhalten und verlässlich agieren. ...Offene, transparente Kommunikation über: <ul style="list-style-type: none"> ◆ wer, wie, welchen Einfluss ausübt ◆ warum es zu Abweichungen vom „Versprochenen“/ Geplanten kommt, wenn sich z.B. Rahmenbedingungen verändert haben oder Kompromisse notwendig sind ◆ wie sich die Entscheidungen am Gemeinwohl orientieren ◆ dass Entscheidungen auf Grundlage eines soliden Wertefundaments getroffen wurden
geringe Partizipations- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Bürger_innen	Menschen verstärkt in den politischen Prozess einbinden , z.B. durch: <ul style="list-style-type: none"> ◆ die Ermöglichung von mehr Bürger_innenbeteiligung, die transparent und zugänglich gestaltet wird und wirkliche Partizipation ermöglichen muss (auch über soziale Medien) ◆ klare und transparente Mitwirkungsmöglichkeiten aufzeigen ◆ Ernstnehmen der Bürger_inneninteressen, indem politische EntscheidungsträgerInnen aus den Ergebnissen der Beteiligungsverfahren Konsequenzen ziehen
zu hohe Zugangshürden für politische Mitgestaltung („closed shop“)	Politik muss dem verstärkten Bedürfnis nach Offenheit und Authentizität entsprechen, z.B. indem: <ul style="list-style-type: none"> ◆ Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden ◆ diese klarer und transparenter aufgezeigt werden ◆ Dialoge mit „Betroffenen“ geführt und diese in Entscheidungen mit einbezogen werden ◆ sich politische Organisationen auch für Nichtmitglieder öffnen

Ute Kumpf (SPD) in der Dokumentation der Denkwerkstatt **"Politik und Vertrauen"** (Report 1)
 „Bürgergesellschaft und staatliche Politik müssen Partner auf Augenhöhe und in gleicher Verantwortung sein. Der Ausbau von Bürgerbeteiligung und demokratischen Mitbestimmungsrechten darf nicht in eine Schwächung von Parteien und in ein Anzweifeln parlamentarischer Verfahren münden. Repräsentative Verfahren, Elemente direkter Demokratie und die informelle politische Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern müssen in eine Balance gebracht werden.“

Quellen und Verweise

- ❖ Christoph, Klaus (2012): „Politikverdrossenheit“. Deutschlandarchiv. Bundeszentrale für politische Bildung. [Hier](#) abrufbar. (zuletzt aufgerufen 2014)
- ❖ Embacher, Serge (2011): "Einstellungen zur Demokratie". In Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. [Hier](#) abrufbar. (zuletzt aufgerufen 2014)
- ❖ Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (2011): Dokumentationen der Denkwerkstatt "Politik und Vertrauen".
- ❖ [Report 1](#): Die Rolle von Vertrauen in Politik, Wirtschaft und sozialen Netzwerken, September 2011. (zuletzt aufgerufen 2014)
- ❖ [Report 2](#): Transparenz und Vertrauen, Authentizität und Führung, Dezember 2011. (zuletzt aufgerufen 2014)
- ❖ [Report 3](#): Vertrauen durch mehr Beteiligung, Vertrauen in Europa, Juni 2012. (zuletzt aufgerufen 2014)
- ❖ Den Wikipedia-Artikel zum Thema Vertrauen finden Sie [hier](#). Den passenden Artikel zum Thema Politikverdrossenheit finden Sie [hier](#).
- ❖ Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (2014): Lobbyismus in der Kritik. Ansätze zu einer zeitgemäßen Regulierung von Interessenvertretung. Veranstaltungsdokumentation. [Hier](#) abrufbar. (zuletzt aufgerufen 2014)
- ❖ Die Umfrage des Sterns zum Thema Vertrauen in die Politik finden Sie [hier](#), den Global Trust Report finden Sie [hier](#), die Umfrage der Stiftung für Zukunftsfragen finden Sie [hier](#) und die Studie der Europäischen Kommission [hier](#). (zuletzt aufgerufen 2014)
- ❖ Weitere Informationen rund um das Thema „Vertrauen schaffen! Politik und Glaubwürdigkeit“ finden Sie auf unserer MuP-Webseite.
- ❖ In der **MuP-Praxishilfe** „Vertrauen in Politik und Demokratie in Zahlen“ und in unserer **MuP-Broschüre** "Politik und Glaubwürdigkeit - So können Parteien und politische Akteure das Vertrauen der Bürger_innen zurückgewinnen!" sind die Befunde dreier Untersuchungen zum Thema etwas detaillierter aufgeführt. Sie finden diese auf unserer MuP-Webseite unter Publikationen.
- ❖ Im Rahmen des Themas für Sie sicher auch interessant: **MuP-Praxishilfen** „Politisches Engagement fördern“, „Möglichkeiten und Methoden politischer Beteiligung“ und „Partizipationsverfahren“.